

Kornwestheim

## „Kornwestheim 21“ wird lange nachwirken

Von Werner Waldner, aktualisiert am 27.11.2014 um 19:04



Foto:

Kornwestheim - Darin sind sich die Sprecher der vier Fraktionen einig: Dieser Einschnitt in den städtischen Haushalt wirkt lange nach. Sehr lange. Und sie befürchten, dass es in der Schnelle der Zeit – der Haushalt 2015 soll bereits Mitte Dezember verabschiedet werden – nicht gelingen wird, einen Etat aufzustellen, der detailliert auflistet, wo der Rotstift angesetzt wird. Sie gehen davon aus, dass bereits im Frühjahr ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden muss, der dann einen besseren Überblick über das gibt, was sich Kornwestheim leisten kann und was nicht und wie hoch die Kreditaufnahme sein muss.

Derzeit aber leuchten im Rathaus bis tief in den Abend die Lichter. Die Kämmerei durchforscht in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen den Haushalt nach Möglichkeiten, wo die zehn Prozent bei den laufenden Kosten eingespart werden können. Zehn Prozent durch die Bank in allen Aufgabenfeldern – das ist die erste Reaktion auf die Nachricht, dass die Stadt Kornwestheim im kommenden Jahr aller Voraussicht nach 21 Millionen Euro an Gewerbesteuern (inklusive Zinsen) an die EnBW zurückzahlen muss. Ein hoher Gewinn ist in Kornwestheim möglicherweise zu Unrecht versteuert worden.

Ralph Rohfleisch, Vorsitzender der Grüne/Linke-Fraktion, stört sich daran, dass der Neubau der Hannes-Reiber-Halle mit dem Hinweis auf drohende Schadenersatzzahlungen – die Aufträge sind bereits vergeben worden – durchgezogen werden soll. „Wir können doch nicht

das teuerste Projekt außer Frage stellen“, sagt Rohfleisch. Wie hoch werden denn diese Schadensersatzzahlungen sein?, wollen die Grünen von der Stadtverwaltung wissen. Eine höhere Priorität haben für Rohfleisch Investitionen in Schulen und Kindergärten. Dort müsse einiges gemacht werden. „Wo kriegen wir das Geld her?“, fragt der Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Die Investitionen in die Bildungseinrichtungen haben auch für Hans Bartholomä oberste Priorität. Schmerzen würden alle Einsparungen, sagt der Vorsitzende der CDU/FDP-Fraktion, aber in diesem Bereich „würden wir uns sehr, sehr schwer tun“. Jetzt gehe es nicht nur um ein kurzfristiges Sparen, sondern um nachhaltige Wirkungen. Einen Teilbereich des Etats hat Bartholomä dabei besonders im Auge: den Personalhaushalt. Bartholomä geht davon aus, dass sich diese Gewerbesteuerrückzahlung mindestens über zehn Jahre auf den Haushalt auswirken werde.

Gabi Walker, Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, sieht in der Entwicklung des Haushalts auch eine Chance auf einen Neuanfang. „Manchmal ist so etwas heilsam“, sagt sie. Nun sei der Gemeinderat gezwungen, sich bei den Ausgaben zu mäßigen. Walker hat Zweifel, dass es möglich sein wird, kurzfristig in allen Fachbereichen zehn Prozent der Ausgaben einzusparen. „Wie soll das zum Beispiel im Kindergartenbereich gehen?“, fragt sie. Walker geht davon aus, dass die Stadt sicherlich einen Kredit über 15 Millionen aufzunehmen muss, um all das finanzieren zu können, was sie sich vorgenommen hat und um die Steuern zurückzuzahlen, die ihr möglicherweise gar nicht zustehen.

„Alles muss auf den Prüfstand“, fordert Prof. Walter Habenicht, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD. Jetzt gehe es darum, sich nachhaltig Luft zu verschaffen. Und dazu müssten Ausgaben gestrichen werden, die immer wieder anfallen. „Wir kommen auf ein neues Leistungsniveau“, kündigt Habenicht an. In absehbarer Zeit – der SPD-Stadtrat spricht von fünf bis zehn Jahren – wieder auf einen ausgeglichenen Haushalt zu kommen, das sei eine sportliche Aufgabe, die ihn aber nicht abschrecke, sondern ansporne. Im Vergleich zu den Zeiten, wo es reibungslos laufe, werden es jetzt „richtig interessant“.

Die zurückzuzahlenden 21 Millionen Euro waren übrigens nicht die einzige schlechte Nachricht, die die Stadt in den vergangenen Tagen zu verkraften hatte. Laut der November-Steuerschätzung fehlen gegenüber dem Betrag, den der Haushaltsplanentwurf an Steuereinnahmen ausweist, weitere 800 000 Euro.